

## Vortrag Dr. Pravda in Warschau am 21. Mai 2018

**Europa muss sich neu erzählen, die alten (und immer noch richtigen) Botschaften greifen bei vielen Menschen nicht mehr (z.B. die friedenssichernde Funktion der Gemeinschaft).**

Gegen die „Klima“-Verschlechterung in der EU, die „kollektive Amnesie“, setzen die NGO den Bürgerdialog. Ein erlebtes Beispiel dafür sind die von den Dorfvorstehern betriebenen kommunalen Versammlungen zur Vorbereitung des polnischen EU-Beitritts im Jahre 2004; ohne diese Vermittlungsarbeit wäre es nicht zur Zustimmung von 92% gekommen. Die polnische EU-Bilanz ist durchweg positiv. Auf dem Land trägt die EU-Agrarpolitik noch heute, die Bauern sind in der EU zu wirtschaftlichen Gewinnern geworden, Polen wurde vom Netto-Importeur zum Netto-Exporteur von Agrarprodukten innerhalb Europas. Trotz schrumpfendem EU-Haushalts infolge des „Brexit“ um ca. 40 Mrd. Euro erhält Polen zusätzlich 4 Mrd. Euro.

Die klassischen Medien sind nicht interessiert an EU-Themen, die jüngere Generation nutzt die sozialen Medien und lässt sich hier ansprechen. Blogger bedienen sich allgemein einer präzisen Sprache („Genies der Worte“) - sie sind empfänglich für bzw. interessiert an Informationen zu Europa; im Dialog der EU-Kommission (Dr. Pravda) mit ihnen wurden gute, vielleicht auch anderswo nutzbare Erfahrungen gesammelt.

In Polen geht es um eine „zivilisatorische Option“: Polen bietet wie andere EU-Länder das Bild einer „toxischen Lage“ der Innenpolitik insbesondere im Verhältnis zur EU – gegen den antizipierten (mentalen) EU-Austritt müssen die Europäer eine verständlichere Sprache und auch deutliche Worte setzen: das Verbindende herausstellen, also gerade nicht nach einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten streben! Die (Kritik an der) PIS-Politik sollte indessen nicht den Blick darauf verstellen, dass immer noch eine Mehrheit der Polen eine positive Haltung zu Europa einnimmt. Die Europäer sollten darüber hinaus auch nicht vergessen, dass die polnischen Partner vielleicht manchmal auch „anders denken“. Kontraproduktiv wäre deshalb, wenn Polen aus der Position der Augenhöhe etwa in den laufenden Haushaltsverhandlungen mit der EU gedrängt würde.

Die EU wurde Opfer ihres eigenen Erfolgs, Neid tritt an die Stelle berechtigten Stolzes und führt die liberalen Demokratien in die Krise. So spielten die unterschiedlichen wirtschaftlichen Verhältnisse im Vergleich zum EU-Standard vor dem Beitritt Polens (1 : 10) kaum eine Rolle, heute (1 : 3) wird diese Differenz in Polen kritisch gesehen (Neid: Polen als „verlängerte Werkbank“ von VW o.ä, geringer Lohn gegenüber hohen Fahrzeugpreisen). Die Anpassung geht vielen, vor allem jungen Leuten nicht schnell genug (Beispiel der Tochter, die nach dem Studium in England nun auch europäische Vergütung erwartet). Die Bürger hören, es sei alles positiv, was beim Einzelnen so aber nicht (mehr) ankommt.

Die politischen Rattenfänger gefährden mit EU-feindlichen Maßnahmen die Grundlagen der EU (und der Mitgliedstaaten!), sie bieten einfache Lösungen an, obwohl die Probleme komplex sind. Sie untergraben aus Gründen der Sicherung ihrer politischen Machtstellung (das Vertrauen der Menschen in) die Rechtsstaatlichkeit. Die Populisten

kaufen sich Wählerstimmen mit sozialen Leistungsversprechen (z.B. 500 PLN Kindergeld monatlich).

Der Rechtsstaat sichert die Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Wettbewerbs; der faire Wettbewerb ist in der EU aber nicht ausreichend gesichert: Die für Polen typischen KMU können sich oft nicht behaupten und werden von den „Großen“ schon früh aufgesogen oder vom Markt verdrängt. Die kleineren „Innovativen“ müssen besser gefördert werden, der Zugang zum Markt gegen oligopoläre Tendenzen geschützt und die Vielfalt der Märkte gestärkt werden. Nachdem der EU-Start in Polen gelungen war, ist nun die Frage nicht geklärt, mit welchen (politischen/ökonomischen) Instrumenten dies gelingen kann.

Welche Chancen bietet die EU? Mit Macron sollte auf die Stärkung der Mitgliedstaaten durch die EU gesetzt werden, die nationalen Stärken gefördert und nicht geschliffen werden. Die EU-Institutionen bedürfen der Reform zwecks Stärkung des Projekts Europa „von unten“. Europa neu erzählen, das verlangt vor allem eine klarere Sprache und neue Bilder bzw. Botschaften, um sich gegen die populistischen politischen Moden zu behaupten; richtige Grundwerte (wie der Friedensimperativ) müssen deshalb ja nicht aufgegeben werden. Die Krise des polnischen Rechtsstaats (s. das Rechtsstaatsverfahren der EU-Kommission) gehört wohl eher nicht in diese Kategorie, die aufgeworfenen Fragen greifen vielleicht Intellektuelle auf, betreffen aber kaum ein praktisches Problem des Normalbürgers.

Die neuen Bilder werden kaum top down durchgesetzt werden können, ihre Entwicklung ist gerade eine große Chance der Bürgerbewegungen. Die Bürger der Union erkennen, was hier auf dem Spiel steht; sie können in vielfältiger Form, durch zwischenstaatliche Kooperationen, Begegnungen und Demonstrationen das Thema Europa (be-)leben. Not tut eine permanente Überzeugungsarbeit der Europäer, dass die polnischen Probleme besser in der EU als nur im nationalen Rahmen gelöst werden können!

---

Vielen Dank den „Mitschreibern“!  
Gez. Dr. Peter Masuch